

# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 305 | 09/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA** INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE  
**SLP** Sozialistische Linkspartei

# PREISEXPLOSION

# STOPPEN!

# KRISENPROFITEURE

# ENTEIGNEN!

## AUS DEM INHALT

» **Corona** ist noch immer nicht vorbei und schon droht die nächste, tiefe **Wirtschaftskrise**.

Seite 5

» **Energiekrise:** Warum die kapitalistischen Produktions- und Besitzverhältnisse verantwortlich sind. **Schwerpunkt**

» **Abtreibung** ist auch in Österreich schwer erhältlich, teuer und steht unter Beschuss der (religiösen) Rechten. **Seite 13**

**WER  
WIR  
SIND**



» **Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei).** Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist\*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät\*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der “International Socialist Alternative” (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter\*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär\*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

## TREFFPUNKTE

### GRAZ

jeweils Montag, 19:00 Uhr

### LINZ

jeweils Montag, 18:30 Uhr

### SALZBURG-STADT

auf Nachfrage

### VÖCKLABRUCK

auf Nachfrage

### WIEN

#### ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr

#### ISA Brigittenau 1

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr

#### ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr

Wegen Corona finden die Treffen sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom oder im Freien. Wir freuen uns auf Deine/ihre Teilnahme. Bitte vorher unter [slp.at/kalender](http://slp.at/kalender) schauen, wo bzw. wie das Treffen stattfindet bzw. unter [slp@slp.at](mailto:slp@slp.at) die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.

#### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:  
Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien  
Herstellungs- und Verlagsort: Wien  
DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U  
Abo-Zahlungen & Spenden:  
IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**TERMIN DES MONATS**  
**EINE WELT ZU GEWINNEN**

**4.+5.11.**  
**Wien Favoriten**

Nach mehr als zwei Jahren pandemiebedingter Pause ist unser zweitägiges Event zurück! Unter dem Motto „Welt am Abgrund – Wie ziehen wir die Notbremse?“ organisieren wir zahlreiche Diskussionen und Workshops – sei dabei!



# Überraschung: Corona ist noch immer da!

von Sonja Grusch

Die Reisezeit ist vorbei, die Schule beginnt wieder. Es wird der 3. Corona-Herbst. Doch die "Vorbereitungen" der politisch verantwortlichen verdienen nicht mal den Begriff. Luftfilter in Schulen: Fehlanzeige. Weil aber gleichzeitig auch dank "Schulautonomie" das Geld fürs Heizen ausgeht, wird's mit Lüften schwierig. Dafür werden aber mehr Schüler\*innen in den Klassen sitzen, weil - Überraschung - der Lehrer\*innenmangel immer größer wird. Wie auch der Personalmangel im Gesundheitswesen. Die Botschaft der Regierungen an diese extrem geforderten Beschäftigten: Hackeln bis zum Umfallen ohne Unterstützung, ohne entsprechende Bezahlung, ohne Schutz.

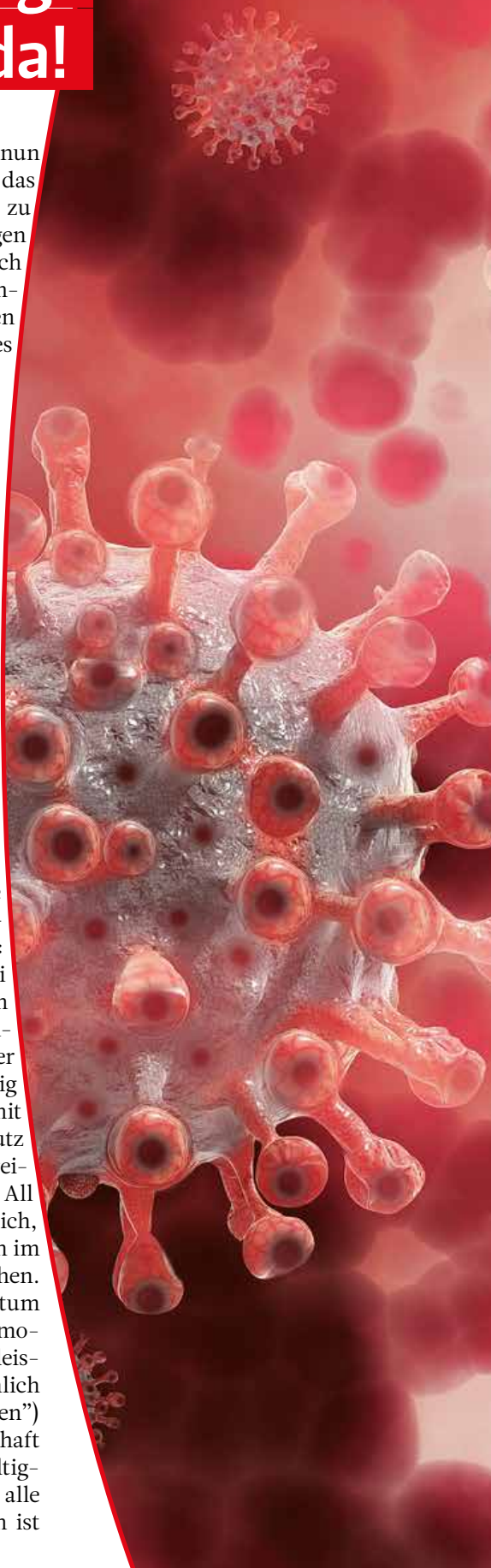
## Regierung: Liefern, was die Wirtschaft braucht

Die "Lösung" von ÖVP&Grün für den Personalmangel: Aus für die Quarantäne für Infizierte ohne Symptome. Sie sind zwar ansteckend, aber das merkt ja eh keiner... Tatsächlich betreiben die Regierungen weniger Zick-Zack in ihrer Corona-Politik, als es auf den ersten Blick scheint. Sie folgen den Notwendigkeiten "der Wirtschaft". Damit die Produktion, das Gesundheitswesen, der Handel und die Verwaltung aufrecht erhalten werden können, müssen die Beschäftigten mit ihrer Gesundheit zahlen. Das Risiko, sich im Job mit Corona zu infizieren steigt weiter. Schon bisher wurde die einfachste Schutzmaßnahme, nämlich regelmäßiges Testen IM Betrieb während der Arbeitszeit, nicht gesetzt. Die Allmacht der Kapitalist\*innen im Betrieb ist eine heilige Kuh, die nicht berührt werden darf. Im "Arbeitnehmer\*innenschutzgesetz" steht: "Arbeitgeber sind verpflichtet, für Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer in Bezug auf alle Aspekte, die die Arbeit betreffen, zu sorgen." Das war schon

bisher nicht viel wert und darf nun endgültig ignoriert werden. Wer das Glück hat, sich nicht mit Corona zu infizieren oder nicht unter den Folgen von Long Covid zu leiden (was je nach Untersuchung bis zu 41% sein können) ist vom noch weiter steigenden Arbeitsstress betroffen. Denn es fehlt überall an Personal.

## 17. 9.: Demo muss Startpunkt für Streiks werden

Anstatt dieses Potential für Kampfkraft zu nutzen, trägt die Gewerkschaft aber die Regierungsmaßnahmen weitgehend mit. Die Gewerkschaftsdemonstration am 17. September sollte genutzt werden, um das Thema "Teuerung" mit "Corona", "Arbeitsstress", "Bezahlung" etc. zu verbinden und v.a. um die nächsten Kampfschritte einzuleiten. Denn je härter die Wirtschaftskrise zuschlägt, um so schwerer wird es, die Rechte und die Gesundheit der Arbeiter\*innenklasse zu verteidigen. Inflation-Corona-Krieg-Klima-Arbeitsbelastung: Das alles hängt zusammen und bei allem sind wir die Leidtragenden und nicht die Reichen und Mächtigen. Die können es sich immer richten und tun das auch ausgiebig und auf unsere Kosten. Runter mit den Preisen - Sichere Jobs - Schutz vor Corona - Klimaschutz - ausreichend Personal - Krieg beenden: All das ist möglich und doch unmöglich, wenn Profite und Kapitalinteressen im Zentrum aller Entscheidungen stehen. Wenn aber der vorhandene Reichtum für alle eingesetzt wird, wenn demokratisch durch die, die die Arbeit leisten, die die Gesellschaft tatsächlich tragen (die "Systemerhalter\*innen") entschieden wird, wenn Wirtschaft und Gesellschaft sich an Nachhaltigkeit und einem guten Leben für alle statt für wenige orientieren: Dann ist das alles möglich.



# Van der Bellen: Stabilität für wen?

beide Artikel  
von Christoph Glaninger

Am 9. Oktober stehen die Bundespräsidentenwahlen an. Bei den letzten Wahlen gab es eine massive Zuspitzung, bei der sich der FPÖ-Kandidat Hofer beinahe durchsetzen konnte. Obwohl die bevorstehende Wahl wahrscheinlich nicht vergleichbar knapp sein wird, findet sie in einer enorm turbulenten politischen Situation statt – mit der höchsten Teuerung seit Jahrzehnten und einer drohenden Energie- und Wirtschaftskrise.

Schon bei den letzten Wahlen präsentierte sich Van der Bellen (VdB) als Kandidat des Establishments mit Slogans wie „unser Präsident der Mitte“. Genauso handelte er auch während seiner Amtszeit als Garant für Stabilität für den Status Quo. Rund um das Ibiza-Video schaltete er sich zwar kurz in die Politik ein, um die schlimmsten Auswüchse der FPÖ loszuwerden. Aber als Sebastian Kurz und die staatstragendere ÖVP die Vorhaben im Ibiza Video Schritt für Schritt selbst



Foto: Ailura, CC BY-SA 3.0 AT, CC BY-SA 3.0 AT

umsetzen, blieb VdB still und verteidigte diese Untätigkeit in einem ersten Interview zu den Wahlen auch. Genauso ruhig blieb er, während die Corona-Politik im Interesse von Profiten Tausende unnötige Tote und eine konstante Überbelastung des Gesundheitssystem forderte. Und genauso untätig bleibt er jetzt in einer Situation, wo eine Rekordteuerung den Lebensstandard von Millionen Menschen bedroht.

Das alles zeigt: die Stabilität, die VdB schützt, bedeutet nicht stabile Lebensstandards für die Mehrheit der Bevölkerung, sondern nur eine stabile Möglichkeit für Konzerne und Superreiche, Profite zu machen. Genau das ist auch die Funktion der Präsidentschaft: jegliche Bedrohung für das

Establishment zu verhindern. Deshalb ist das Amt mit einer unglaublichen Machtfülle ausgestattet – Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber\*in des Bundesheeres, kann den Nationalrat auflösen, die Bundesregierung entlassen und per Notverordnung regieren. Bis jetzt hat das zwar noch kein Präsident genützt, aber das kann sich schnell ändern, wenn eine Bewegung von unten zu einer Bedrohung für das Establishment wird.

Deshalb fordern Sozialist\*innen auch die Abschaffung des Amtes und dieser wie auch anderer undemokratischer Strukturen. Wir stehen für echte Demokratie, in welcher nicht eine politische Elite, sondern die Arbeiter\*innenklasse regiert und entscheidet.

## FPÖ gegen VdB: falsche Polarisierung

Bei den bevorstehenden Wahlen droht eine gefährliche Polarisierung zwischen VdB und rechter Pseudoopposition. Allein die Anzahl der Protestkandidat\*innen ist schon ein Zeichen für die tiefe politische Krise dieses Systems. Am gefährlichsten ist Walter Rosenkranz (FPÖ), der sich vor allem als Opposition gegen Teuerung und Sanktionen präsentiert. Natürlich ist die FPÖ keine echte Alternative: sie ist eine Partei der Reichen, die unterschiedliche Teile der Bevölkerung gegeneinander aufhetzt, um von den tatsächlichen Schuldigen in den

Chefetagen der Banken und Konzernen abzulenken. Aber gerade wegen eines Mangels an Alternativen könnten viele Leute versuchen, ihre Opposition gegen die Untätigkeit der Bundesregierung mit einer Stimme für die Rechte auszudrücken. Die aktuelle interne Krise der FPÖ wird das maximal reduzieren, aber nicht verhindern. So eine Polarisierung zwischen Establishment und Rechten lenkt davon ab, wie wir tatsächlich Maßnahmen gegen die Teuerung erkämpfen können – durch Organisation von unten, Proteste und Streiks.

Deshalb spielen diese Mobilisierungen auch so eine wichtige Rolle dabei, eine echte Protestalternative zur FPÖ aufzubauen und ihr dadurch das Wasser abzugraben. Aber dafür werden die symbolischen Mobilisierungen, die aktuell vom ÖGB geplant sind, nicht ausreichen – es braucht einen tatsächlichen Kampf um Verbesserungen. Die einzige Grundlage für eine echte politische Alternative zu Politik-Establishment, Rechtspopulismus und dem undemokratischen Präsidentschaftsamt ist eine Bewegung von unten.

## Achtung:

# Es droht massive Krise!

von Yasmin Morag

Selbst kapitalistische Ökonom\*innen und Politiker\*innen räumen nun ein, dass die Inflation härter und schneller zuschlägt, länger dauern wird als erwartet und zu Rezession oder sogar Stagflation führt. Die Zentralbanken in den reicheren Ländern fahren ihre geldpolitische Unterstützung schneller als erwartet zurück. Die Weltbank senkt kontinuierlich ihre Wachstumsprognosen. Noch im Juni sagten Ökonom\*innen eine Rezession mit einer Wahrscheinlichkeit von 30 % voraus: Nun stieg der Wert auf fast 50 %. Der vom Internationalen Währungsfonds IWF im Juli aktualisierte Ausblick mit dem Titel „Gloomy and more Uncertain“ (düster und unsicherer) spiegelt das Dilemma wider, in dem sich die Herrschenden befinden – welchen Weg auch immer sie einschlagen, er wird zu weiteren Problemen führen. Der IWF bevorzugt eine Verschärfung der Geldpolitik (u.a. Zinserhöhung) zum Eindämmen der Inflation, aber das könnte schlimme Folgen haben – von Familien, die ihre Hypothek nicht mehr bezahlen oder keinen Kredit mehr aufnehmen können, um mit den steigenden Preisen und der finanziellen Instabilität fertig zu werden, über Unternehmen, die ihre Investitionen aufgrund der teuren Kredite noch weiter einschränken, bis hin zum Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften infolge einer Zahlungsunfähigkeit bei den wachsenden Staatsschulden.

### Krisen bedrohen international Stabilität von Regimen

Der Druck auf die Regierungen kommt aus allen Richtungen – das Großkapital und die Tiefe des von seinem System verursachten Krise verlangen nach Möglichkeiten, den Markt zu stabilisieren, Ausfälle

mit Staatsgeld abzufedern und das Schlimmste zu verhindern. Doch jede wirtschaftspolitische Maßnahme bringt einen Rattenschwanz neuer Probleme. Auf der anderen Seite nimmt der Druck von unten zu. Die Bilder von Demonstrant\*innen, die im Pool des Sri Lankesischen Premierministers schwimmen, sind für die Herrschenden ein Vorgeschmack auf ihre mögliche Zukunft. Brot (wie auch Wohnraum und Krieg) waren im Laufe der Geschichte die treibenden Kräfte für Aufstände und Revolutionen. Die Welle von Demonstrationen, Streiks und Aufständen, die wir in den letzten Jahren sehen ist hier nur die Spitze des Eisberges und wenn sich unsere Lebensbedingungen verschlechtern, werden wir hier mehr explosive Entwicklungen sehen.

### Widerstand zwingt die Herrschenden zu Maßnahmen

Mehr „Hilfsprogramme“ sind wahrscheinlich. Doch wie wir bereits gesehen haben, sind sie wenig Erleichterung, aber viele leere Versprechen. Doch selbst wenn sie echte Zugeständnisse anbieten – eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf lebenswichtige Güter, eine Energiekostenobergrenze oder einige Steuern auf Gewinne –, die kurzfristig die Lage entspannen, wird es zu wenig sein und daher notwendig sein, für mehr zu kämpfen. Denn auch wenn der Staat aktuell wieder stärker in den Markt eingreift, können wir doch sicher sein, dass er dies zugunsten der Interessen des Kapitals tut, während er jegliche Maßnahmen vermeidet, die die Gewinne der Reichen schmälern würden.

Doch wir müssen die massiven Gewinne des Großkapitals nutzen, um die Lage der arbeitenden Menschen zu verbessern. Wenn Unternehmen

dazu nicht „in der Lage“ sind oder sich weigern, sollte der Staat ihnen nicht aus der Patsche helfen, sondern sie verstaatlichen. Diese Krise wurde von einem System verursacht, das von Krise zu Krise springt, wobei die „Erholung“ von jeder Krise schon die Grundlagen für die nächste legt. Wir müssen dafür kämpfen, das gesamte System zu stürzen, um das chaotische Wettrennen um Profite auf Kosten des Planeten und der arbeitenden Menschen durch eine friedliche, demokratische, geplante Wirtschaft zu ersetzen, die Nahrung, Bildung, Gesundheit und Wohlstand für alle gewährleisten kann.

### Info

In der Eurozone ist die Inflation mit 8,9 % so hoch wie nie zuvor, wobei die Energieinflation bei 40 % liegt.

Die österreichische Regierung ist uneins darüber, was zu tun ist – Kogler (Grüne) schlägt vor, die „überschüssigen Gewinne“ der Energiekonzerne „schlau“ zu besteuern, die SPÖ spricht ebenfalls von einer Besteuerung der Energiekonzerne sowie einer Senkung der Mehrwertsteuer auf wichtige Güter. Hanke (SPÖ) schiebt jedoch schamlos die Verantwortung auf die Haushalte, indem er sagt, dass es „keine Alternative zu steigenden Energiepreisen gibt“ und dass der private Energieverbrauch gesenkt werden sollte.

Währenddessen versucht die ÖVP, die Geldgeschenke für das Großkapital in ein soziales Gewand zu kleiden. Die FPÖ setzt auf soziale Rhetorik, ihre Praxis hat aber immer Politik für die Reichen bedeutet.





## Die Bosse sollen schwitzen, nicht wir!

von Jan Millonig

Die zentrale Aussage auf der Teuerungskonferenz des ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) im Juni war: „Jetzt muss die Regierung handeln!“ Als Maßnahmen gegen die Teuerung Preiskontrollen, Steuersenkungen und Unterstützungszahlungen von der Regierung zu fordern, ist nicht falsch, aber über Löhne und die kommende Herbstlohnrunde wurde wenig geredet. Die eigene Umfrage zeichnet ein anderes Bild: Gleich nach „Preisdeckel für Strom/Gas“ sehen 84 % der Befragten höhere Löhne als wirksamstes Mittel gegen die Teuerung, erst danach kommen Forderungen nach Steuersenkungen usw.

### An Inflation und Krisen sind nicht wir schuld!

Das Traurige ist aber, dass der ÖGB weder für das eine, noch für das andere einen Plan hat, das durchzusetzen. Nach jeder unbefriedigenden Regierungsmaßnahme (Pflege-Reform, Anti-Teuerungspaket usw.) kommen zwar empörte Presseaussendungen, aber wirklich Druck für mehr wird nicht gemacht. Uns Mitgliedern ist nicht bekannt, was in der Herbstlohnrunde von Seiten der Gewerkschaften geplant ist. Diskussionen über Lohnforderungen oder die Vorbereitung einer Kampfstrategie können wir nur vermuten; wenn, dann finden sie hinter verschlossenen Türen statt. Sogar die belgischen Gewerkschaften, die nicht unbedingt so viel kämpferischer sind als unsere, haben schon vor Wochen einen Generalstreik im Herbst angekündigt...

Denn was wir sicher wissen ist, dass im Herbst die Inflation auf einem Rekordhoch sein wird und wir uns vor einer ausgewachsenen Wirtschaftskrise befinden. Corona hat uns alle überrascht, aber das, was hier auf uns zukommt, kündigt sich schreiend an. Schon jetzt steigt die Armut und uns allen fliegen die Stromrechnungen um die Ohren, wenn wir den Briefkasten aufmachen. Darauf brauchen die Menschen *jetzt* eine Antwort. Die Gewerkschaften müssen einen Aktionsplan präsentieren, wie sie dagegen kämpfen wollen. Denn schenken werden uns weder Bosse noch Regierung was. Die Kapitalist\*innen werden mit „Lohn-Preis-Spirale“ und anderen Märchen argumentieren und die Bundesregierung verziert ihre Untätigkeit mit Maßnahmen, die wir größtenteils selbst bezahlen.

Seit 1945 agieren die Gewerkschaften nach der Logik „Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut.“ (sprich: wenn das nicht so ist, sollen wir Opfer bringen) – das ist nach wie vor so. Darum fehlen ihnen jetzt auch Konzepte und Strategien, um gegen die Teuerung zu kämpfen. Das drückt sich auch in der „Benya-Formel“ (benannt nach dem ehemaligen ÖGB-Vorsitzenden) aus – sinngemäß: „Wenn die Wirtschaftsleistung steigt, fordern wir mehr, in der Krise weniger.“

Das heißt aber, dass Gewerkschaften, die nicht mit der Logik des Kapitalismus brechen, gerade in Krisenzeiten als Mitverwalterinnen des Systems agieren. Sie versuchen, bestmöglich mit Staat und Unternehmen zusammenzuarbeiten, in der Hoffnung, dass dadurch ein paar Brotkrumen für sie und

ihre Mitgliedschaft abfallen. Das ist die ganze Idee der „Sozialpartnerschaft“.

Tatsächlich bekommen aber so die Interessen des Kapitals immer Vorrang und die Beschäftigten werden vertröstet. Gleichzeitig ist diese Strategie eine Sackgasse, die nur zu immer weiteren Verschlechterungen führt. Denn an der Wirtschaftskrise sind nicht zu hohe Löhne schuld, sondern die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems, wie Überproduktion, Konkurrenz und der Zwang, die Profite immer weiter zu steigern.

Das Problem in der aktuellen Krise ist ja buchstäblich, dass zu viel Geld da ist. Es wurden ungeheure Summen an billigem Geld in die Wirtschaft gepumpt. Doch das löste das Problem der schwindenden profitablen Geschäftsmöglichkeiten nicht. Viele Unternehmen machen gerade massive Gewinne, die die arbeitende Bevölkerung u.a. mit der Teuerung bezahlt. So erzeugt die Inflation eine massive Umverteilung von unten nach oben.

### Wir brauchen höhere Löhne!

Es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung leidet, während ein paar Reiche immer reicher werden. Die Maßnahmen der Regierung reichen nicht. Die Leute haben einfach kein Geld mehr. Deshalb braucht es jetzt den Kampf um kräftige Lohnerhöhungen ohne Rücksichtnahme auf die Ausreden der Wirtschaft. Die Gewerkschaften müssen bedingungslos nur für die Interessen der Arbeiter\*innenklasse kämpfen. Dafür müssen sie aber unabhängig von Staat und Kapital werden.



### Special zu den SWÖ-Verhandlungen Teil 3

Vorschläge, um die Situation der mehr als 250.000 Kolleg\*innen in privater Pflege und Sozialeinrichtungen nachhaltig zu verbessern.

## Wie hältst du's mit der Gewerkschaft?

von **Theresa, Caritas-Beschäftigte**

Fast drei Jahre sind seit Beginn der Pandemie vergangen, die die Arbeitsbedingungen im Sozial- und Gesundheitsbereich nochmal enorm verschlechtert haben.

Verbesserungen sind dringend nötig, trotzdem blieben die Abschlüsse der letzten Jahre oft deutlich hinter dem Nötigen und hinter besser organisierten Bereichen (z.B. Metaller\*innen) zurück – das liegt auch an der Rolle der Gewerkschaften. Die niedrigen Mitgliederzahlen bei der Gewerkschaft und schlechte Abschlüsse im Sozialbereich spiegeln jedoch keinesfalls die Kampfbereitschaft wider. Getragen von vielen weiblichen, migrantischen und jungen Kolleg\*innen und kämpferischen Betriebsrät\*innen haben die letzten Jahre rund um den SWÖ-KV die dynamischsten Klassenkämpfe in Österreich stattgefunden.

Die Spitze dieser Kämpfe war bei den KV-Verhandlungen 2019 rund um die Forderung für eine 35-Stunden-Woche. Nach intensiven Auseinandersetzungen mit Streiks und Organisation an der Basis beschloss die Gewerkschaft einen faulen Deal mit den Arbeitgeber\*innen. Ein 3-Jahresabschluss, der eine Arbeitszeitverkürzung um nur eine Stunde beinhaltete und eine lächerlich niedrige Lohnerhöhung vorsah. Im Zuge der beginnenden Pandemie versuchte die Gewerkschaft, dies als einen Erfolg zu verkaufen. Für uns Beschäftigte bedeutete dieser Abschluss blanken Hohn gegenüber dem, was notwendig

gewesen wäre. Aber er zeigt den widersprüchlichen Charakter der Gewerkschaften: Einerseits Massenorganisationen für Beschäftigte, andererseits hat die Spitze vor allem ein Interesse an Stabilität und versucht, die Basis zu bremsen.

### Ein Fuß drinnen, einer draußen

Trotzdem ist die Gewerkschaftsspitze von den Mitgliedern abhängig und kann von unten unter Druck gesetzt werden – aber der muss organisiert werden. Mit "Sozial aber nicht blöd" (SANB) sind wir als ISA-Mitglieder seit Jahren Teil einer Initiative, die selbstständig Kundgebungen und kämpferische Blöcke auf Demos organisiert, aber auch mit Petitionen, die Gewerkschaften zu einem entschlossenen Kampf auffordern. Gleichzeitig lassen wir uns von der Untätigkeit der Gewerkschaftsspitze nicht bremsen und versuchen wenn möglich und nötig, eigenständige Kämpfe zu organisieren – z.B. spielten SANB und andere eine wichtige Rolle beim wilden Streik (d.h. ohne Gewerkschaftsunterstützung) gegen die Schließung des Wohnungslosenquartiers "Gudi".

Der beständige Druck und die Organisation von Kolleg\*innen haben die Gewerkschaft bereits zum Handeln gezwungen, den Einfluss der Basis erhöht und sind dadurch ein erster Schritt bei der Rückeroberung der Gewerkschaftsbewegung von unten. So fanden Demos schon vor dem Start der diesjährigen Verhandlungen statt und es ist bereits absehbar, dass auch bei diesen Verhandlungen gestreikt werden wird. Bei einer Wiener Betriebsrät\*innenkonferenz wurden die Forderungen nach einer 35-Stunden-Woche und 750 Euro mehr Gehalt pro Monat ab 2023 aufgestellt. Diese Forderungen zeigen die Bedürfnisse und die Kampfbereitschaft der Basis. Sie sind dringend notwendig, um einen Teufelskreis aus schlechteren Arbeitsbedingungen und Personalabwanderung zu durchbrechen. Aber dafür brauchen wir eine Ausweitung und Demokratisierung gewerkschaftlicher Tätigkeit inklusive des Arbeitskampfes, die wir innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften durchsetzen müssen. Teil davon muss auch eine Urabstimmung über das Ergebnis sein – denn es sind unsere Arbeitsbedingungen, unser Arbeitskampf und unsere Gewerkschaften.

Innerhalb des SWÖ (Sozialwirtschaft Österreich) arbeiten 120 000 Beschäftigte im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich. Träger mit eigenen Kollektivverträgen (Caritas, Diakonie, Rotes Kreuz) sind an den SWÖ angeschlossen.

### Info

Die zuständigen Gewerkschaften sind GPA-djp und vida. 2018, 2019, 2020 gab es Streiks mit der zentralen Forderung für eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden. Der Abschluss blieb weit dahinter zurück.



## Linz: aktiv gegen Gewalt

von Peter Hauer

2015 organisierte die ISA (damals SLP) gemeinsam mit HOSI in Linz die erste Pride-Kundgebung als Reaktion auf einen homophoben Angriff – damals noch ganz ohne Regenbogen-Kapitalist\*innen. Denn jedes Jahr gibt es rund um die Pride LGBTQIA+ feindliche Angriffe. Dieses Jahr berichteten Jugendliche, dass sie zuerst aus dem McDonalds geworfen wurden, weil ihr Äußeres nicht zum an der Toilette angegebenen Geschlecht passe. Dann wurden sie von mehreren Personen attackiert und etliche Personen standen herum und filmten.

Dieser Angriff zeigt einmal mehr, dass zwar eine Party-Pride schön ist, aber nicht genug, um die Gewalt gegen LGBTQIA+ Personen zu beenden. ROSA und ISA organisierten gemeinsam mit DIY-Frauentagsbündnis und CatCalls Linz eine Aktion, um die betroffenen Personen nicht alleine zu lassen. Fast 100, vor allem junge Personen und auch die Betroffenen selbst folgten unserem Aufruf und setzten ein klares Zeichen, was es braucht:



Betriebliche Aufklärung bei McDonald's durch einen Betriebsrat, eine kämpferische Bewegung, die bereit ist, sich zu organisieren, eine Arbeit mit den Betroffenen, aber vor allem braucht es Aktivismus, der ein politisch klares Programm hat.

So ein Angriff braucht eine schnelle Antwort, also mobilisierten wir online und unser Umfeld. Durch unseren jahrelangen Aktivismus und Aufbauarbeit unterstützten uns das 8.-März-Bündnis und CatCalls Linz. Dadurch wurde geschafft, dass sich diese große Anzahl an Menschen anschloss und es nicht eine reine

Medienaktion, wie die der SJ am Folgetag, wurde. *„Diese Gewalt passiert täglich und wir müssen uns jeden Tag dagegen organisieren – auf der Straße, im Betrieb und der Schule“* machte Rosa-Aktivistin Yasmin klar. Der Flyer von Rosa forderte außerdem: *„Schluss mit konservativen Rollenbildern und Diskriminierung in Staat und Gesellschaft! Die soziale und medizinische Betreuung von Betroffenen braucht Geld. Deshalb fordern wir Milliarden-Investitionen in Bildung, Soziales und Gesundheit statt für Konzerne und Aufrüstung.“*

## ISA & ROSA–Sommercamp

von Sebastian Kugler

Über 60 Teilnehmer\*innen aus Österreich, Deutschland, Rumänien, Israel/Palästina, Irland, USA und Belgien kamen in der vorletzten Augustwoche nach Kärnten/Koroška, um in entspannter Atmosphäre spannende Diskussionen zu führen: Von der Energiekrise über den Ukraine-Krieg bis zur Klimakatastrophe wurden sozialistische Standpunkte debattiert und ausgearbeitet. Zentral dafür waren auch Diskussionen zu historischen Themen wie der Russischen Revolution, um Lehren für heute ziehen zu können.

Auch konkrete Initiativen und Kampagnen, etwa im Gesundheits- und Sozialbereich und in der Gastronomie, wurden besprochen und geplant. Geprägt war die Woche insbesondere

von der Energie zahlreicher neuer Aktivist\*innen und Interessent\*innen, die mit der ISA und ROSA aktiv werden wollen. Zwei rote Fäden zogen sich durch alle Diskussionen: erstens die marxistische Übergangsmethode – also die Aufgabe, die notwendige revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ausgehend vom jetzigen Bewusstsein und aktuellen Kämpfen und Bewegungen greifbar zu machen; und zweitens der sozialistische Feminismus – also der Fokus auf die besonders wichtige Rolle von Frauen und nichtbinären Personen (aber auch auf die Aufgaben von Männern) in den Kämpfen der Arbeiter\*innenklasse. Das Camp war also nicht nur Erholung, sondern vor allem konkrete politische Vorbereitung auf die stürmischen Zeiten, die uns bevorstehen.





# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 305 | 09/2022 | Schwerpunkt

**ISA**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



## ENERGIEKRISE:

## URSACHEN UND LÖSUNGEN

von Lukas Kastner

Die Auswirkungen der Energiekrise werden immer unerträglicher. Viele Länder haben die höchste Inflation seit Jahrzehnten. Auch die Herrschenden bekommen es mit der Angst zu tun. So klagt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, wir müssten uns im Winter auf die „schlimmste Situation“ vorbereiten. Für Millionen ist unklar, ob sie kommenden Winter ausreichend heizen können und genügend Strom zur Verfügung haben.

Die Knappheit von Gas zeigt auch, wie wenig vorausschauend im Kapitalismus gewirtschaftet wird. Anstatt Produktion und Transport auf erneuerbare Energien umzustellen, wird an fossilen Brennstoffen festgehalten. Da die einzelnen kapitalistischen Staaten im Wettbewerb stehen, sind diese

besonders umkämpft und werden benutzt, um ökonomische und geostrategische Interessen durchzusetzen. Dies bewirkt sowohl imperialistische Konflikte und Ausbeutung (v.a. in der neokolonialen Welt), als auch die im Winter drohende Versorgungssicherheit. Der Krieg Putins in der Ukraine hat die Situation enorm verschärft. Doch wenn die Herrschenden an „Zusammenhalt“ appellieren, dürfen wir dem nicht vertrauen. Denn um unmittelbare Profite zu erzielen, braucht der Kapitalismus Energie, egal wie schmutzig oder undemokratisch. Deswegen setzen Kapitalist\*innen und ihre Vertreter\*innen in USA und Europa auf eine Zusammenarbeit mit dem Saudischen Königshaus. So werden Menschenrechte mit Füßen getreten und unsere Existenz zerstört. Die Aussetzung der Klimaziele und die

Deklaration von Gas und Atomstrom als „grün“ zeigt, dass im Kapitalismus alles für Profite geopfert wird. Die Energiekrise zeigt auch deutlich, dass die soziale Frage mit Umweltschutz und Bekämpfung des Klimawandels unmittelbar zusammenhängt. Zur Lösung beider braucht es einen kostenlosen Zugang zu erneuerbarer Energie. Dies widerspricht der Profitlogik des Kapitalismus – ist aber in einer Wirtschaft, die rund um die Bedürfnisse der Menschen organisiert wird möglich. Die Energiekrise kann in den kommenden Monaten zu massiven sozialen Verwerfungen führen. Für Sozialist\*innen wird es darum gehen, aufzuzeigen, warum der Kampf für leistbares Heizen mit dem Kampf für Umweltschutz verbunden werden und mit der Logik des Kapitalismus brechen muss.

# Strom und Heizen sind Grundbedürfnisse und dürfen kein Luxus sein!

Die Regierung stolpert von Krise zu Krise. Statt Umweltschutz wird nun auf Öl und Atomstrom gesetzt. Klimaziele werden verschoben und die Grünen sind bei den Kriegstreibern ganz vorne dabei. Die drohende Energiekrise ist weder überraschend noch alternativlos. Sie ist das Ergebnis von kapitalistischer Profitwirtschaft und neoliberaler Privatisierungswut. Der Markt ist nicht die Lösung, sondern das Problem.

von Albert Kropf

Der Öl- und Gasanstieg wurde von Schwarz-Grün vor dem Ukraine-Krieg großspurig für die nahe Zukunft verkündet. Aber ohne eine Vorstellung, wie das für nicht wohlhabende Menschen möglich sein soll. Viele Expert\*innen kritisierten zu Recht, dass ein Energieumstieg in diesem Ausmaß riesige öffentliche, geplante Anstrengungen brauche. Zuerst müssten alternative Ressourcen geschaffen und schließlich auch die Anschlüsse bis in die Wohnungen & Häuser gelegt werden. Ihr Fazit: Mit dem vorliegenden Plan der Regierung in knapp 15 Jahren nicht ansatzweise möglich. Dann kam der Angriff Putins auf die Ukraine, der EU-Wirtschaftskrieg gegen Russland und damit eingeschränkte Gaslieferungen. Gas wird im Winter also knapp und könnte tatsächlich ausgehen, Menschen im Kalten frieren! Unvorstellbar! Angesichts dieser katastrophalen Perspektive will die Regierung die Energiewende mit noch weniger Plan in noch kürzerer Zeit schaffen. Das Misstrauen der Menschen ist groß, ebenso die Verunsicherung.

In Baumärkten sind elektrische Heizkörper ausverkauft, die Warteliste bei Holzöfen reicht im Sommer schon bis 2023. Selbst wer genug Geld und die Möglichkeiten für Solar oder Wärmepumpen hat, wird über den Winter hinaus warten müssen. Für die meisten Menschen, die nicht im eigenen Haus wohnen, gibt es sowieso keine Alternativen. Mit was soll ich in einer Wohnung in Wien mit Gas oder Fernwärme sonst heizen? In ihrer Verzweiflung hat die Regierung dazu aufgerufen, dass wer kann, von Gas wieder auf Öl umrüsten soll. Die klima- und menschenfeindliche Atomenergie wurde von der EU rasch zur grünen und nachhaltigen Energieform erklärt. Was für eine

politische Bankrott-Erklärung im Klimawandel! Von den überforderten und unter Einfluss diverser Lobbygruppen stehenden Regierungen wird uns die Energiekrise als eine Art unvorhersehbare Naturkatastrophe präsentiert. Das stimmt nicht, sondern soll von der eigenen Verantwortung ablenken. Die Brisanz des Klimawandels ist spätestens seit dem Weltklimagipfel 1997 im japanischen Kyoto einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Russland hat 2014 die Krim annektiert, seitdem stehen die Zeichen auf weitere Konflikte. Getan wurde nicht nur nichts, sondern die Abhängigkeit vom (billigen) russischen Gas ist in Österreich in dieser Zeit noch gestiegen. Von nahezu allen europäischen und österreichischen Politiker\*innen gibt es freundschaftliche Fotos mit Putin. Ist er über Nacht böse geworden oder konnte er sich so gut verstellen? Weder noch, es war einfach gewinnbringend für die Wirtschaft und Konzerne und damit war alles andere vergeben und vergessen. Unsere Proteste in- und außerhalb Russlands gegen die zunehmende Diktatur, Wahlbetrug, Unterdrückung der Medien und Meinungsfreiheit, gewerkschaftsfeindliche Gesetze usw. waren den Herren und Frauen Politiker\*innen damals lästig und störten ihre gute Gesprächsbasis zu Putin. Was hat also diesen Meinungsumschwung in den europäischen Eliten bewirkt? Ganz einfach, ihr Geld steckt zum Teil in der Ukraine und den dortigen Unternehmen und im Hintergrund „pushen“ die USA.

**Weder Krieg noch Energiekrise sind „passiert“**

Aber nicht nur der Wirtschaftskrieg gegen Russland wird uns als

alternativlos dargestellt. Auch die Energiewirtschaft und die offenbare extreme Krisenanfälligkeit sind demnach ein Naturgesetz. Auch das stimmt nicht. In vielen europäischen Ländern waren Energielieferanten nach dem 2. Weltkrieg kommunale bzw. regionale Einrichtungen zur Energieversorgung der Bevölkerung. In Österreich waren das Landesenergieversorger. Ihre Aufgabe war, wie der Name schon sagt, die Länder und damit die dort ansässige Bevölkerung mit Energie zu versorgen. Heute sind das marktwirtschaftliche Unternehmungen, die teilweise noch im Eigentum der Länder und Gemeinden stehen, teilweise nicht.

An ihrer grundlegenden „neuen“ Ausrichtung, nämlich Gewinne zu erzielen ändert das wenig bis nichts. Am Beispiel des größten Energieversorgers Österreichs, der Wienenergie, sehen wir das sehr gut.

Alleine in den drei Jahren von 2019 bis 2021 erzielte die Wienenergie einen Überschuss von 700 Millionen(!) Euro. Viel Geld, ein Riesenkonzern mit eigenen von den Menschen losgelösten, kapitalistischen Interessen. Während wir um unsere Zukunft





im Herbst zittern, werden in Wien und Niederösterreich mit 1. September Strom und Gas wieder teurer. Für einen durchschnittlichen Haushalt macht das in Summe monatlich (!) ein Plus von knapp 170,- Euro aus. Begründet wird das als „automatische“ Indexanpassung aufgrund der stark gestiegenen Marktpreise. Wieder eine faule Ausrede, weil bei unseren Löhnen gibt es keine automatische „Indexanpassung“.

Alles wurde nach den Vorgaben der EU und unter Applaus der Herrschenden seit den 1990ern „liberalisiert“: Strom und Gas samt den Leitungen, Festnetz-Telefon, Mobilfunk, Paketzustellung – alles, womit sich Geld

die unsere Postkästen und Altpapiercontainer vollstopft. Dank der Paketdienst-Liberalisierung fährt nicht ein Paketzusteller mit möglichst schadstoffarmen Fahrzeugen durch die Straßen, sondern viele unterschiedliche manchmal direkt hintereinander. Hatten früher noch die Länder die Kontrolle über ihre Netze (z. B. Strom und Gas), haben sie das jetzt nicht mehr. Nicht nur Anbieter, sondern auch Produktion und Lieferung wurden getrennt. Im Kleinen drückt sich das dadurch aus, dass ich als Stromkunde in Wien sowohl von Wienenergie (Stromlieferant) als auch Wienernetze je eine Rechnung für meinen Stromverbrauch erhalte.

**Von den überforderten und unter Einfluss diverser Lobbygruppen stehenden Regierungen wird uns die Energiekrise als eine Art unvorhersehbare Naturkatastrophe präsentiert. Das stimmt nicht, sondern soll von der eigenen Verantwortung ablenken.**

verdienen lässt. Das hat weitreichende Konsequenzen. Ein kommunaler Energieversorger hat ein stärkeres Interesse, wenig Energie produzieren bzw. zukaufen zu müssen und damit mehr Hang zum Stromsparen als ein privatwirtschaftliches Unternehmen.

Das verdient am Verkauf von Strom, je mehr umso besser. Energiesparen ist hier betriebswirtschaftlich kontraproduktiv. Das gleiche beim Gas.

Wozu auf teure, alternative Energiegewinnung setzen, wenn ich Gas

billig aus Russland importieren kann?

Dieses kapitalistische Dilemma hat selbst in den letzten Jahren zu einer immer stärkeren Gasabhängigkeit geführt. Die liberalisierte Postzustellung hat ein betriebswirtschaftliches Interesse an Werbeflut,

Letztlich hat die Politik mit der Liberalisierung ihren eigenen Handlungsspielraum aufgegeben. Haben wir ein Energieproblem, ist es nicht ihre Verantwortung, sondern die des „Marktes“, um den wir nicht vorbeikommen. Auch das stimmt nicht und hat sogar im Kapitalismus schon anders funktioniert. Die, die uns sagen, das geht nicht, sind die, die das einfach nicht wollen, weil sie selbst davon profitieren!

## Wien ist nicht anders

Der immer behauptete andere „Wiener Weg“ ist, wie wir am Beispiel Wienenergie gezeigt haben, kein qualitativ anderer. SPÖ und Gewerkschaftsführung beschränken sich auf Zurufe von der Seite, anstatt kräftig mit Bewegungen und der Organisation der Kolleg\*innen bis hin zu Streiks einzugreifen. Eine Patt-Situation, die einerseits eine politisch bankrotte Regierung am Leben hält und andererseits wirkliche Alternativen verhindert. Wenn wir diese Situation überwinden wollen, müssen wir uns selbst organisieren und den Druck aus den Betrieben, Schulen und der Straße auf die Gewerkschaftsführung massiv erhöhen. Wir brauchen einen heißen Herbst, um einen kalten Winter zu verhindern!



## Marx Aktuell: Die Rolle des Staates

von Anna Hiermann

Der Staat wird von den meisten als ewiges Naturgesetz angesehen. Dessen Aufgabe wird in Zeiten von Krieg und Krise wieder wichtiger. Während früher nur Linke für Verstaatlichungen eintraten, sind in Krisenzeiten auch ÖVP & Co dafür. Der Grund dafür ist nicht soziale Gerechtigkeit, sondern die Bedienung wirtschaftlicher Interessen.

Ein Beispiel ist die Re-Verstaatlichung des französischen Energiekonzerns EDF. Dieser steckt in der Krise, die Energie aber wird dringend gebraucht. Da sich der französische Staat innerhalb der Profitlogik bewegt, wird es schwierig, z.B. den Anteil erneuerbarer Energien auszubauen, da das kostenintensiv ist und somit die Profite senkt.

Nun stellt sich die Frage, was Sinn und Ursprung des Staates ist. Laut herrschender Darstellung sei der Staat durch ein Übereinkommen des Gemeinwesens entstanden. Das stimmt nicht. Die Urgesellschaften (klassenlose Gesellschaften in der Altsteinzeit) sind ohne Staat ausgekommen. Erste staatliche Konstrukte, wie das alte Ägypten entstanden erst, als gesamtgesellschaftlich mehr produziert wurde als unmittelbar verbraucht werden konnte. So entstand eine kleine Schicht Privilegierter, die ihren Wohlstand sichern wollten. Daher sorgte ein Apparat zur Verwaltung und Repression für den Erhalt der ungerechten Verhältnisse. Je nach Zeit und System unterscheidet sich der Staatsapparat im Detail, im wesentlichen erfüllt er jedoch den selben Zweck. Entscheidungen werden nicht von Wähler\*innen getragen, sondern von Großkonzernen. Das erkennt man z.B. wenn bei Streiks die Polizei Streikende angreift, anstatt sie vor Schikanen der Unternehmer\*innen zu schützen. Denn die Aufgabe der Staatsgewalt ist es, dem Kapital zu ermöglichen, noch mehr Kapital zu schaffen.



## Keine Profite mit Energieversorgung!

von Stefan Brandl

Die Herrschenden erkennen die enorme soziale Sprengkraft der diversen Krisen und versuchen – eher hilflos – gegenzusteuern. Selbst Teile der ÖVP sprechen nun selbst von staatlicher Preiskontrolle.

### Gewinnabschöpfung statt „Sonderdividenden“

Die aktuellste Forderung ist die nach Reduktion der Strompreiskosten. Die Regierung will damit in erster Linie die Energieversorgung der (Schwer-) Industrie und Wirtschaft für den kommenden Winter garantieren. Die Art, wie Preiskontrolle gewährleistet wird, ist dabei von Bedeutung: Preiskontrolle alleine heißt noch nicht Preisstopp. Besonders pervers ist der Fall des (teil staatlichen) Verbunds Wien, der einen kleinen Teil der explodierenden Gewinne in Form von Sonderdividende an Aktionär\*innen und Teilstreichung der extrem erhöhten Rechnung zurückgibt – und den Rest behält. Für 2022 wird ein Gewinn von mindestens 1.55 Milliarden € erwartet und im ersten Quartal bereits ein Plus von 256% verzeichnet. Die Arbeiter\*innenbewegung braucht Zugriff auf alle Geschäftsbücher aller Energiekonzerne, um kontrollieren zu können, wie viel Gewinne tatsächlich gemacht werden. Diese müssen dann vollständig abgeschöpft werden, um Preise sichern zu können.

Der ÖGB präsentiert ein Modell für einen Energiepreis-Deckel für Haushalte. Der Grundbedarf von Haushalten

soll jährlich mit 600€ (Strom) bzw. 780€ (Gas) abgedeckt werden. Ausgaben über dem Grundbedarf würden zu Marktpreisen gehandelt werden. Notwendig ist stattdessen die vollständige Kostenübernahme besagten Grundbedarfs; einerseits, um den explodierenden Energiepreisen für Privathaushalte entgegenzuwirken, andererseits weil durch die Inflation sowieso in allen anderen Lebensbereichen gespart werden muss. Können sich Unternehmen das nicht leisten, müssen sie in staatliches Eigentum überführt werden. Das gesellschaftliche Interesse muss ja wohl größer sein als das privatwirtschaftliche.

### Vergesellschaftung: Verstaatlichung allein reicht nicht

Verstaatlichung allein ist kein Mittel zur „Re-Demokratisierung“ der Produktion. Selbst bisher neoliberale Politiker\*innen setzen auf Re-Verstaatlichung, wie beim französischen Energiekonzern EDF. In Zeiten der Krise kann der Staat Verstaatlichungen einsetzen, um relevante Infrastruktur besser gewährleisten zu können, um soziale Explosionen zu verhindern, aber v.a. um die heimische Wirtschaft am Laufen zu halten. Trotz Verstaatlichung: Solange für den kapitalistischen Markt und seine Profitlogik produziert wird, werden weiterhin Profite anstelle von Umwelt und Lebensstandard geschützt.

Wir stellen daher die Forderung nach Vergesellschaftung auf. Arbeiter\*innen sollen die Kontrolle über die Produktion selbst in die Hand nehmen,

um für Nachhaltigkeit und Leistbarkeit sorgen zu können. Schließlich können wir nur über Sachen bestimmen, die wir selbst kontrollieren. Andere Konzepte wie staatliche Subventionierung oder „Energemarken“ greifen nämlich genau diese Profite nicht an, sondern garantieren sie sogar. Durch Steuergelder, die dann woanders fehlen werden, sollen die Profite der Energiekonzerne finanziert werden: Eine Umverteilung von arm nach arm. Folglich kommt es darauf an, WER unsere Preise und Energie kontrolliert – Unternehmen, eine bürgerliche Regierung oder gewählte Vertreter\*innen der Arbeiter\*innenbewegung?

Und letztlich werfen alle bisher angesprochenen Bereiche Probleme auf, die nicht nationalstaatlich gelöst werden können. Inflation kann nicht auf nationaler Ebene gelöst werden. Preiskontrollen können bestenfalls auf „heimische“ Produktion erhoben werden; bei einem Land mit hoher Import- und Exportquote absolut illusorisch. Energie-Unabhängigkeit ist letztlich keine Frage, auf welchen imperialistischen Staat – Russland, den USA oder z.B. Saudi-Arabien – und seine fossilen Rohstoffe man angewiesen ist, sondern wie nachhaltig, sichere und leistbare Energie bezogen bzw. gewonnen werden kann. Internationale Zusammenarbeit zwischen gewählten Vertreter\*innen der Arbeiter\*innen und eine demokratische Planung der Wirtschaft, inklusive Verkehr und Energie bietet alleinig die Möglichkeit auf leistbares Wohnen, Heizen und einen Ausweg aus allen Krisen.



# Abtreibung in Österreich – fragil, bürokratisch, gefährdet

von Nicole Höpfl

Das Recht auf Selbstbestimmung wird bei Frauen und vor allem Schwangeren immer wieder beschnitten. Im Kapitalismus sind Frauen für die Reproduktion von Arbeitskräften verantwortlich. Daher soll nicht die Frau selbst über ihren Körper entscheiden können, sondern es kommt zur Geburtenkontrolle und Bevormundung, damit für die Herrschenden die „Ware“ Arbeitskraft gesichert ist.

In Österreich sind Schwangerschaftsabbrüche zwar bis zu 16 Wochen seit der letzten Monatsblutung straffrei. Mit einem einfachen Mehrheitsbeschluss im Parlament könnte sich die gesetzliche Lage allerdings schnell ändern und Abtreibungen wären in Österreich somit mit Geld- oder Gefängnisstrafen sanktionierbar.

## Abtreibungsgegner\*innen in Österreich

Immer wieder sprechen sich Konservative und Rechte klar gegen das Recht auf Abtreibung aus. Als 1975 die Fristenlösung erkämpft wurde, waren ÖVP, FPÖ und die Kirche klar dagegen. Auch heute ist die Situation nicht besser.

Beispielsweise fordert die Initiative „Fairändern“ ein Verbot von Spätabbrüchen und eine verpflichtende Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs. Auch ÖVP- und FPÖ-Abgeordnete haben diese Initiative unterschrieben. In einer Umfrage des MUVS (Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch) wird außerdem deutlich, dass sich weder ÖVP, FPÖ, Neos noch die SPÖ klar für eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen aussprechen. Die selben Parteien tendieren auch bei der Forderung, Schwangerschaftsabbrüche auf Krankenschein zu ermöglichen zu Nein.

In Österreich gibt es nur sehr wenige Ärzt\*innen und Krankenhäuser, die Abtreibungen durchführen. Im SPÖ-geführten Burgenland gibt es beispielsweise keine Einrichtung, die Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, in Tirol und Vorarlberg nur je eine. Gesamt gibt es in Österreich nur 22 Kliniken und/oder Ärzt\*innen, die offiziell Abtreibungen durchführen (oefg.at).

## Kostenfrage und die Rolle der SPÖ

Die SPÖ in Wien rühmt sich bei dieser Debatte oft damit, dass es „so viele“ Möglichkeiten in der Bundeshauptstadt gibt (insgesamt sechs). Der Fakt, dass die SPÖ es verabsäumt hat, ein flächendeckendes und kostenloses Angebot umzusetzen wird allerdings meist unter den Tisch gekehrt. Zwischen 300 und 1000 Euro muss man für eine Abtreibung bezahlen. Wenn eine Person in einem anderen Bundesland als Wien wohnt, muss diese womöglich noch mit hohen Anreisekosten rechnen.

Die SPÖ hat zwar das formale (äußerst fragile) Recht auf Abtreibung geschaffen, die Umsetzung wurde allerdings auf das Individuum und den Markt abgewälzt. Das bedeutet, dass vor allem in den ÖVP-dominierten Bundesländern die Hoheit bei der führenden Partei und der Kirche bleibt. Generell ist zu beobachten, dass wenn keine finanzielle bzw. materielle Basis besteht, das Recht im formellen Sinne keine großen Auswirkungen auf die tatsächliche Situation hat. Die internationale Offensive der Rechten wird künftig auch Kräfte in Österreich ermutigen, stärker gegen Abtreibungsrechte vorzugehen. Vor allem mit der ÖVP an der Spitze und der tatenlosen SPÖ als „Opposition“, droht eine Gefahr.

Es ist also umso wichtiger, vollen Zugang für alle zu erkämpfen – wie auch hohe Löhne, billige Mieten und

ausreichend Kinderbetreuungsplätze, um echte Wahlfreiheit zu haben. Seit Jahren kämpft die ISA für das Recht auf Abtreibung in Österreich und international. Kampagnen gegen den Terror von konservativen rechten Kräften und für die Rechte von Frauen wie auch Solidaritätsaktionen mit dem Kampf gegen die Abtreibungsverbote in Irland, Polen und Argentinien sind Teil davon. Dieser Kampf braucht eine aktive Kraft, die sich für die Rechte von Frauen stark macht! Werde deshalb aktiv bei ROSA und der ISA!

## Wir sagen:

- » Umfassende Aufklärung in Kindergärten und Schulen
- » Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln ist speziell für junge Frauen, die kein eigenes Geld haben, sehr wichtig
- » Kostenlose Abtreibung, damit es zu keiner finanziellen Frage wird, ob eine Frau sich für oder gegen eine Abtreibung entscheidet
- » Schwangerschaftsabbrüche müssen in allen Bundesländern und in allen öffentlichen Spitälern bzw. Spitälern, die Geld vom Staat erhalten, durchgeführt werden. Dafür braucht es eigene Abteilungen
- » Verhütungsmittel müssen anonym abgegeben werden und Abtreibungen müssen anonym durchgeführt werden, damit Frauen nicht durch Eltern bzw. Partner überwacht und kontrolliert werden können
- » Ende der Kriminalisierung, Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafgesetzbuch und einfacher Bezug der Abtreibungspille



## Krypto: Symptom, nicht Lösung von Krisen

von Severin Berger

In Zeiten enormer Inflation haben viele Menschen Angst um ihr Ersparnis und sind auch wegen Erfahrungen mit der 2007er Krise misstrauisch gegenüber Banken und Staaten. Gleichzeitig bringt normale Arbeit immer weniger Reallohn. Als Lösung und Weg zum "schnellen Geld" wird in letzter Zeit häufig das Investment in Kryptowährungen genannt. Verfechter\*innen beschreiben sie als "dezentrales" Tauschmittel, das ohne Zwischenschritt über Banken verwendet werden kann. Die Grundidee des Handels gibt allen uneingeschränkten Zugriff auf ihre "Wallet" (englisch für "Geldtasche"), welche zur Verwaltung besessener Kryptowährungen dient. Es können Transaktionen gestartet, angenommen oder abgelehnt werden – volle Kontrolle über alle Teile des Handels. Diese Kontrolle durch Nutzer\*innen wird oft genannt, wenn es um die angebliche Demokratie der Technologie geht.

### Haben wir die Kontrolle?

Vor nicht allzu langer Zeit gab es schon mal ein ähnliches Demokratieversprechen – damals im Kontext des sich etablierenden Internets. Denn auch im Internet können Nutzer\*innen Kontrolle über alle Teilaspekte des Informationsaustauschs haben. Heute sehen wir, wie wenig dieser Kontrolle wirklich bei Endkonsument\*innen liegt und wie viel Einfluss große Konzerne oder Staaten auf den Zugang zu Informationen haben.

Wer den Zugang bewacht, hat die

volle Macht: Z.B. sind ~72% aller vorhandenen Bitcoins in 2% der "Wallets" konzentriert! Im Kryptomarkt bestimmt die Größe der "Wallet" wie viel Kontrolle über die jeweilige Währung und deren "Wert" vorhanden ist – diese Ungleichheit hat nichts mit Demokratie zu tun. Bei der notwendigen Infrastruktur sieht es nicht besser aus: Nur 10% der "Miner" (Personen/Unternehmen, die "Kryptocoins" "herstellen") sind für etwa 90% aller Bitcoins verantwortlich! Um es nicht unerwähnt zu lassen: Der Bitcoinmarkt, vor allem das "minen" hatte Anfang 2022 einen jährlichen Verbrauch, und damit verbundene Umweltbelastung, von ca. 200 TWh Strom – fast so viel wie ganz Australien!

Ein Blick auf die Geschichte des Kryptomarkts zeigt sofort, dass dieser alles andere als frei von Krisen ist. Bereits 2011 kam es bei z.B. Bitcoin zu Kursstürzen von mehr als 90%. Im Frühling 2022 wurden durch den Zusammenbruch der Kryptowährung Terra-Luna innerhalb weniger Tage 45 Milliarden Dollar an Marktkapitalisierung regelrecht ausgelöscht. Die extreme Instabilität von Kryptowährungen macht sie eher zu Glücksspiel als zu wirklichen Investments.

Denkt man über die Grundlagen des Marktes nach, wird klar, wieso sich so einfach Blasen bilden können: Ähnlich wie bei Aktien handelt es sich um "fiktives Kapital", also Finanzanlagen, deren Wert durch spekulativen Handel von den realen, in der Produktion geschaffenen, Werten gelöst wurde. Gleichzeitig kann das Platzen der so entstehenden Blasen allein durch das Abziehen einer größeren Menge des "fiktiven

Kapitals" ausgelöst werden – das bietet den "Reichsten" enorme Einflussmöglichkeiten. Dieser Trend hin zu spekulativen Feldern zeichnet sich seit den 80ern ab. Durch sinkende Profitabilität in der Produktion begab sich das Kapital auf die Suche nach neuen Anlageformen: Eine der neuesten Investitionsfelder sind nun Kryptowährungen. Es ist kein Zufall, dass heute Großbanken zu den krypto-reichsten Institutionen gehören: Citibank z.B. hat bereits mehr als 250 Millionen in Investments ausgegeben und verwaltet über zwei Milliarden US-Dollar in Krypto-Anlagen.

### Holen wir uns die Kontrolle!

Das allgegenwärtige Profitinteresse der kapitalistischen Klasse wird verdrängt und eine reine Umstellung des Rahmens rund um das System wird als Lösung verkauft. Ohne das Infragestellen der vorhandenen Produktionsverhältnisse kann kein neuer Markt geschaffen werden, der nicht automatisch von der herrschenden Klasse in ihrem Sinne geformt wird.

Die Reichen sind im Kapitalismus mächtig, egal ob ihr Vermögen in Immobilien, Gold oder "Wallets" liegt! Die Lösung ist nicht der Transfer von einem Markt zum anderen, sondern von oben nach unten: Um eine wahre Verbesserung zu schaffen, müssen wir mit dem kapitalistischen System brechen! Als ersten Schritt dafür braucht es eine Überführung des Finanzmarktes in die öffentliche Hand mit klarer demokratischer Kontrolle durch die Arbeiter\*innenklasse – Für die Leben Vieler statt der Profite Weniger!



# China: „Zero Covid“ und Immo- bilienkrise

beide Artikel von Noah Koinig

Wegen der strengen Zero Covid Politik von Xi Jinping befinden sich im Sommer rund 260 Millionen Menschen im Lockdown. Diese Maßnahme dient einerseits dazu, den Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu verhindern, welches nicht in der Lage ist, mit einem „Koexistenz“-Ansatz die Pandemie zu bewältigen, aber ganz zentral ist es eine Maßnahme zur sozialen Kontrolle der Bevölkerung. Menschen werden in ihren Wohnungen eingesperrt und durch eine Art „Gesundheits-Code“ auf dem Handy werden sie bei jedem Schritt innerhalb und außerhalb ihrer Wohnung überwacht. Dies dient ebenso zur Kontrolle und Einschüchterung der Bevölkerung, damit sie nicht protestiert, streikt oder sich generell gegen das Regime organisiert.

Neben der Pandemie befindet sich China auch in der stärksten Wirtschaftskrise seit 30 Jahren, was den

Konflikt mit der USA verschärft. Die Folgen sind eine hohe Armutsquote, Jugendarbeitslosigkeit über 20% und auch die lokalen Regierungen sind stark betroffen (Geld für Löhne, Schulen, Gesundheitswesen etc. muss gekürzt werden). Rund 1/3 der größten Unternehmen am Immobilienmarkt sind bankrott und somit können 13 Millionen Wohnungen nicht fertig gebaut werden. In China, wo Häuser bezahlt werden, bevor sie gebaut werden, führte dieser Bankrott dazu, dass Personen hohe Schulden für Hypotheken aufnahmen, aber weder das Haus fertiggestellt wird, noch sie das Geld zurück bekommen. Dies zwang Bürger\*innen zu „Hypotheken-Streiks“, wobei sich Zehn- bis teilweise Hunderttausende in 50 verschiedenen

Städten als Protest weigerten, ihre Hypotheken zu bezahlen, wie china-worker.info berichtete. Die fehlende Rückzahlung des Geldes von Hypotheken kann zur Zahlungsunfähigkeit von Banken führen.

Der Unmut ist groß. Vor allem unter Jugendlichen ist die Stimmung gegen die Regierung stark, was sich zunehmend mit „run“ und „lie flat“ im Internet ausdrückt. Mit „run“ wollen sie China verlassen und „lie flat“ zeigt die Verweigerung, zur Gesellschaft beizutragen (stressige Jobs, Konsum, Kinder bekommen etc.). Xi Jinping geht gegen die Hypotheken-Proteste mit starker Repression vor – aber diese Unterdrückung wird möglicherweise nicht gelingen.



## Aufbau eines revolutionären Programms

Auch wenn Medien oft darstellen, dass das chinesische Regime stabil ist und die Bevölkerung passiv wäre, sieht die Realität anders aus. Die Wut steigt, aber die Angst vor der Diktatur bleibt. Alle Streiks und Proteste sind illegal und werden oft brutal niedergeschlagen. Die Proteste der Arbeiter\*innen sind kurze wilde Streiks, weil es keine Gewerkschaften gibt, die die Aktionen planen und koordinieren. Der Hypotheken-Streik ist daher eine wichtige Entwicklung, ebenso wie mehrere kleinere Proteste gegen die Zero-Covid-Beschränkungen. Die Politisierung und das

Bewusstsein zeigen, dass sich das autoritäre Regime jetzt in einer tiefen Krise befindet.

Es ist unmöglich, mehr Demokratie zu erkämpfen, ohne gegen das kapitalistische System und die CCP zu kämpfen. Dafür ist notwendig, dass sich die Arbeiter\*innenklasse organisiert, was aber illegal ist. Zum Aufbau sagt ein Aktivist von „Solidarity against repression in China and Hongkong“: *„Die höchste Priorität ist es, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die die Fähigkeit hat, diese Proteste zu koordinieren und den Weg gegen die Diktatur zu zeigen.“*

Das chinesische Proletariat besteht aus 900 Millionen Menschen. Widerstand gegen Diktatur und Ausbeutung kann nur unabhängig von CCP und Kapital gelingen und braucht ein sozialistisches Programm. Dieses muss gegen die Diktatur sein und deren Verantwortung für fehlende Gewerkschaftsrechte und repressive Maßnahmen aufzeigen. Und dieses Programm muss anti-kapitalistisch sein, denn die größten Kapitalist\*innen in China sind in der CCP.

mehr Infos: [chinaworker.info](http://chinaworker.info)



## Sri Lanka: Revolution am Scheideweg

von Sebastian Kugler **Manöver der Herrschenden**

„Revolutionen sind die Feste der Unterdrückten und Ausgebeuteten“ – diese Bemerkung Lenins könnte für die Situation in Sri Lanka nicht besser passen: Hunderte Demonstrant\*innen, die am 9. Juli den luxuriösen Präsidentenpalast stürmen und sich im dortigen Swimming Pool vom Straßenkampf erfrischen; Tausende, die in den folgenden Tagen andere Regierungsgebäude zu öffentlichen Kantinen und Bibliotheken umfunktionieren; Millionen, die über Wochen und Monate durch Massenstreiks und Mobilisierungen das Zentrum der Macht auf die Straßen verlagerten – die revolutionäre Bewegung in Sri Lanka, die sich den Namen „Janatha Aragalaya“ („Kampf des Volkes“) gibt, zeigte im Sommer das Potential einer sich erhebenden Arbeiter\*innenklasse. Präsident Gotabaya Rajapaksa musste überstürzt fliehen. Er, sowie sein Bruder und Vorgänger Mahinda, standen an der Spitze des Rajapaksa-Clans, der Sri Lanka seit über 20 Jahren dominierte. Ihr Name steht für jahrelangen Krieg gegen die nationale Minderheit der Tamil\*innen sowie für brutalste Kürzungspolitik im Auftrag von IWF & Co, die auch die sinhalesische Mehrheit traf. Während sie Luxusgüter anhäuferten, litt die Bevölkerung unter der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.

Die zentrale Forderung der Bewegung, „Gota go Home“, erfüllte sie selbst durch den Sturm des Palastes. Doch auch wenn die Rajapaksas gestürzt sind, ihre Politik ist es nicht. Im Gegenteil: „Gotas“ Nachfolger Ranil Wickremesinghe wurde noch von diesem ins Amt gehievt und macht sich an die Niederschlagung der Bewegung. Hunderte Gewerkschafter\*innen wurden verhaftet. Wickremesinghe versucht, sich der Gunst Chinas – einem der größten Gläubiger des hochverschuldeten Staates – durch wissenschaftlich-militärische Kollaboration zu versichern, wie die Affäre um das Anlegen eines „Forschungsschiffes der chinesischen Armee gezeigt hat. Das erregte Unmut bei der indischen Regierung und dem mit ihr verbündeten westlichen Imperialismus. Sri Lanka ist längst Teil des „Neuen Kalten Kriegs“ der imperialistischen Blöcke China und USA.

Der frühere oberste Befehlshaber der Armee Sarath Fonseka präsentiert sich als Kämpfer gegen Korruption und fordert Soldat\*innen weiterhin auf, gegen korrupte Politiker\*innen vorzugehen. Hinter diesem Populismus lauert die Gefahr einer vom Militär gestützten Diktatur. Doch auch die anderen Oppositionsparteien stellen keine Alternative zur herrschenden kapitalistischen Verarmungspolitik dar. Keine von ihnen stellt sich gegen die vom IWF geforderten Kürzungen,

welche die Menschen auf die Barrikaden brachten.

### Für eine sozialistische Alternative

Einen Ausweg aus Armut und Gewalt wird keiner der imperialistischen Blöcke und keiner ihrer politischen Lakaien bieten. Diesen kann Janatha Aragalaya nur aus sich selbst heraus entwickeln, trotz des Rückschlags der Bewegung. Die ISA schlägt den Aufbau demokratischer Komitees vor, welche die Forderung nach einer landesweiten Volksversammlung aufgreifen können. Zentrale Forderungen dabei sind die Nichtbezahlung der Schulden und die demokratische Kontrolle über die Schlüsselindustrien durch die Arbeiter\*innenschaft. Wichtiges Element eines solchen Kampfes ist auch die Abschaffung der tamil-feindlichen Verfassung, um eine gemeinsamen Bewegung von Sinhales\*innen und Tamil\*innen aufzubauen. Diese Programmatik muss sich in der Formierung einer neuen revolutionären Organisation bündeln, die in der Lage ist, die konkreten nächsten Schritte der Bewegung aufzuzeigen.

### Info

Laut einer UN-Studie müssen 70% der Haushalte Mahlzeiten auslassen, um über die Runden zu kommen. Strom, Gas und Benzin sind regelmäßig tages- oder gar wochenlang nicht erhältlich.

## Rumänien: Kampf für LGBTQ+Rechte

beide Artikel von Jan Wottawa

Der weltweite Kampf für queere Menschen ist nicht leicht. Doch auch in besonders konservativen Ländern wird nicht aufgegeben. Unsere Arbeit in Rumänien zeigt, was "Pride geht nur politisch" wirklich bedeutet: Dass sich für tatsächliche, materielle Forderungen eingesetzt wird. Der Aufbau von Heimen für queere Personen, die ihre Wohnung verloren haben. Die Unterstützung von Krankenpflegepersonal bei Protesten für bessere Arbeitsbedingungen, um gemeinsam gegen diskriminierende Gesetze vorzugehen.

Aktivist\*innen der ISA in Rumänien waren auf der Pride in Cluj die einzige Organisation, die den kämpferischen Charakter von Stonewall aufgebracht hat. Zwischen netten, aber unpolitischen "Love is Love"-Schildern und Regenbogen-Emojis stellte sie als einzige handfeste Forderungen. Guter, allumfassender Sexualkundeunterricht ab dem Kindesalter, kostenlose Therapieplätze für alle und



das Recht auf das Leben im eigenen Land sind wichtige Themen für queere Menschen, welche nur von uns auf der Parade aufgebracht wurden.

Doch der wichtigste Punkt ist vermutlich der gegen Kapitalismus und die momentanen Machtstrukturen. Konzerne wie "MozaiQ" die sich pinkwashen (vorgeben fortschrittlich zu sein), aber gleichzeitig Putins brutales und LGBTQIA+-feindliches Regime öffentlich unterstützen, werden ebenfalls aktiv von unseren Genoss\*innen verurteilt. Das ist auch notwendig, um zu zeigen, dass große Firmen nicht das Wohlergehen der Menschen im Sinne haben, auch wenn es zwischen den rechten Medien und der konservativen Kirche auf den ersten Moment so

scheinen mag.

Befreiung von LGBTQ+-Personen ist nur in einem anderen System möglich. Deswegen fordern die ISA-Aktivist\*innen in Rumänien: "Die Reichen müssen zahlen! Nicht die Arbeiter\*innen! Gegen Krieg und für das Ende der Unterdrückung und die Umsetzung aller Forderungen. Die Kapitalist\*innen, die Politik und die Kirche hat mehr als genug Geld um die Probleme zu lösen, die sie selbst verursacht haben. Ihr gehorteter Reichtum sollte verwendet werden, um Menschen, die von Krieg, Homophobie oder jeder anderen Unterdrückung betroffen sind zu helfen!"

 :grupul isa in romania

## USA: Seattle sicherer Hafen bei Abtreibungen

Nach der Abschaffung des bundesweiten Rechts auf Abtreibung in den USA zeigte sich Widerstand, einige der größten Demonstrationen wurden von unserer dortigen Schwesterorganisation initiiert. Die Stadträtin der "Socialist Alternative" in Seattle, Kshama Sawant, kämpft schon lange im Stadtrat und vor allem auf der Straße für Rechte von arbeitenden Menschen, wie zum Beispiel die Organisierung der Starbucks-Beschäftigten. Nun hat sie es geschafft, den demokratischen Stadtrat dazu zu bringen. Seattle zu einer "Schutzstadt" zu machen. Genau heißt das: Wird jemand auf Grundlage

eines Anti-Abtreibungs-Gesetzes aus einem anderen Bundesstaat angezeigt, wird die Polizei in Seattle diese Anzeige nicht verfolgen - und macht somit die Anzeige nichtig.

Kshama Sawant und alle Aktivist\*innen der Socialist Alternative in Seattle haben über Wochen für eine Abstimmung drängen müssen. Die Demokraten hätten ohne diesen Druck das Gesetz nicht einmal vorgeschlagen. Und das ist keine Vermutung: In vielen anderen Städten berief man sich darauf, dass die Legalität von Abtreibung reichen würde. Der größte Einsatz von Demokraten war

eine symbolische Geldspende. Unterstützung durch Geld ist auch nützlich, aber keine nachhaltige Lösung für ein landesweites Problem. Würden andere Städte ähnliche Gesetze wie das in Seattle verabschieden, wäre es kaum möglich, die von Republikanern illegal gemachten Abtreibungen zu verfolgen. Unsere Genoss\*innen kämpfen für den Aufbau einer breiten Massenbewegung, die diesen historischen Angriff zurückschlagen kann.

[socialistalternative.org](http://socialistalternative.org)





Teil 7 der Artikelserie: Geschichte der österreichischen Arbeiter\*innenbewegung

## SPÖ am Ruder – 1 Schritt vorwärts, 2 zurück

von Margarita Wolf

Bis heute wird Kreiskys Politik als fortschrittlich, sozial und sogar links dargestellt. Zwar war die SPÖ damals noch eine Partei der Arbeiter\*innen, doch von linker, sozialistischer Politik keine Spur.

Die Nachkriegszeit war bis in die 60er Jahre geprägt von einem weltweiten Wirtschaftsaufschwung. In Österreich gefördert durch die Unterstützung der USA, um den Einfluss der Sowjetunion zurückzudrängen. Gegen Ende der 60er Jahre wurden Investitionen immer weniger lukrativ, das läutete das Ende des Aufschwungs ein. Auch Klassenkämpfe hatten zugenommen. Durch den Beginn der Wirtschaftskrise konnten sich sozialdemokratische Parteien wieder mehr behaupten, weil eine staatliche Investitionspolitik und keynesianische Maßnahmen im Interesse des Kapitals waren. Die SPÖ überzeugte 1970 erstmals die Mehrheit der Wähler\*innen. Es folgte die Alleinregierung der SPÖ unter Bruno Kreisky. Aus der Regierungserklärung 1971: „Konzentrations- und Kooperationsvorgänge im Unternehmensbereich, die Weckung und Stärkung der unternehmerischen Eigeninitiative und die Förderung eines freien und geordneten Wettbewerbs sollen zu einer Modernisierung und ständigen Erneuerung wirtschaftlicher Aktivität in neue, zukunftsträchtige Bereiche führen.“ Etwas, das die ÖVP nicht konnte, ohne ihre Basis an Kleinunternehmen und Bäuer\*innen zu vergrämen.

Das europäische Freihandelsabkommen von 1973 schuf die Basis für Kreiskys Erfolg. Er subventionierte im

großen Stil die Privatwirtschaft, etablierte staatliche Exportgarantien für das Privatkapital und eine harte Währungspolitik zwang Unternehmen, in Modernisierung zu investieren, die Löhne wurden niedrig gehalten. Die SPÖ-Alleinregierung spielte also den besten Modernisierer des Kapitalismus.

### Widersprüche, soweit das Auge reicht

Um Kreiskys Politik zu entglorifizieren, braucht es nicht viel. Die Widersprüche zwischen dem „sozialistischen“ Parteiprogramm und der tatsächlichen Politik liegen auf der Hand. Folgend einige Fun-facts: Die internationale Solidarität wurde mit Füßen getreten – die Verstaatlichte Industrie setzt unter Kreisky auf Rüstungsindustrie, die u.a. Pinochet in Chile belieferte. Die Arbeitslosenrate konnte u.a. deshalb niedrig gehalten werden, weil das Ausländerbeschäftigungsgesetz eben diese aus dem Arbeitsmarkt drängte. Wer sich innerhalb der SPÖ für einen linken Kurs einsetzte, wurde isoliert. Aussöhnung mit dem Hause Habsburg, mit dem katholischen Klerus und mit alten Nazis standen auch auf der Tagesordnung. Die Duldung der ersten Kreisky-Regierung durch die FPÖ spricht Bände.

### Frauen- und Arbeiter\*innenbewegung ruhig halten

Mit Reformen, die wenig kosten, manifestierte die SPÖ-Regierung und die Sozialpartnerschaft ihre Stellvertretungspolitik: Fristenlösung, Familienrechtsreform, Schulreform, freier

Hochschulzugang, u.v.m. wurden im Laufe der 70er Jahre umgesetzt. Reformen, die die Situation der Arbeiter\*innen verbesserten, aber nicht einmal annähernd an den Festen des Kapitalismus rüttelte. Dafür besänftigten diese die aufgeflammete Frauenbewegung der 68er-Jahre und man setzte Reformen um, die schon längst überfällig waren. „Wir machen das schon für euch“ war die Devise der Gewerkschaften und der Sozialpartnerschaft, die damals als quasi Nebenregierung fungierte. Das führte zu einer Entmündigung der Arbeiter\*innenklasse, die bis heute anhält.

Durch die Weltwirtschaftskrise 1974/75 und deren Auswirkungen musste die SPÖ Regierung deutlicher ihr bürgerliches Gesicht zeigen. Öffentliche Aufträge an die Privatwirtschaft wurden 1975 im Vergleich zum Jahr davor um 50% erhöht. 1980–82 stiegen die staatlichen Wirtschaftsförderungen von 8 auf 12 Milliarden Schilling. Massensteuern wurden erhöht, wobei die Ausgaben für Soziales stagnierten. Proteste blieben nicht aus: Gegen das AKW-Zwentendorf, für Frieden und gegen das erste Sparpaket, das geschnürt werden „musste“. Dieses kostete der SPÖ letztendlich auch die absolute Mehrheit bei den Wahlen 1983. Der Reformismus, verkörpert durch die SPÖ war also wieder einmal an seine Grenzen gestoßen und gehörte nun der Vergangenheit an. Die Regierung Kreisky hat erfolgreich die Einkommen und Vermögen zu Ungunsten der Arbeiter\*innenklasse verschoben und hinterließ den Kapitalismus unangetastet – aber modernisiert.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher\*innen und Migrant\*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter\*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter\*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant\*innen, Gewerkschafter\*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter\*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter\*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter\*innen keine Privilegien haben.

**Vorwärts-Abo: 24€ | Sozial-Abo: 14€** (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

**All-Inclusive-Abo: 7€/Monat** (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

**Abo-Zahlungen & Spenden:** IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS  
ABONNIEREN!**



# VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 305 | 09/2022 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:  
**ISA**  **SLP**  
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei

## DEMOS REICHEN NICHT –

## JETZT STREIKEN!



### SEI DABEI!

» **Sozial- und Pflegebereich:** Welche Rolle spielt die Gewerkschaft und wie können wir notwendige Verbesserungen erreichen? **Seite 7**

» Der **Aufstand in Sri Lanka** zeigt, dass Revolutionen möglich und nötig sind. Wir diskutieren, wie er doch noch siegen kann. **Seite 16**

» Warum **Sozialpartnerschaft** bei Krise und Teuerung keine Lösung ist, sondern nur den Bossen nützt. **Seite 6**